





**Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI)**

**Arbeitspapier Nr. 29**

**Nikolai Huke**

# **Die europäische Blue Card**

**Umkämpftes Projekt und staatsapparative Strategie  
der Europäischen Kommission**

Marburg 2011

**ISBN: 978-3-8185-0488-5**

**FEI am Institut für Politikwissenschaft**

**Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie**

**Philipps-Universität Marburg**

**Wilhelm-Röpke-Str. 6**

**35032 Marburg**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Die Lissabon-Strategie als umkämpftes Projekt innerhalb des ‚eingebetteten Neoliberalismus‘</b>	<b>8</b>
<b>3</b>	<b>Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, politische Strategien und die ‚Blue Card‘</b>	<b>12</b>
	<b>3.1</b> Strategien von ArbeitgeberInnen	<b>13</b>
	<b>3.2</b> Strategien von Gewerkschaften	<b>18</b>
	<b>3.3</b> Strategien von NGOs	<b>21</b>
<b>4</b>	<b>Die Strategie der Europäischen Kommission als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen</b>	<b>22</b>
<b>5</b>	<b>Literatur</b>	<b>26</b>

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Nachdem sie bereits 2005 mit dem Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration eine breite gesellschaftliche Debatte über legale Zuwanderung auf europäischer Ebene initiiert hatte (vgl. Bertozzi 2007: 7), legte die Europäische Kommission 2007 einen Richtlinienentwurf für hochqualifizierte Zuwanderung auf europäischer Ebene - die so genannte „Blue Card“-Richtlinie vor (vgl. EurActiv 2008).

In den wissenschaftlichen Analysen und Expertisen der Richtlinie (im Folgenden: Blue Card) dominieren zwei Erklärungsmuster: Einerseits wird die Blue Card - man könnte sagen mit einem modernisierten *Intergouvernementalismus* (vgl. Bieling 2005; Cini 2007; Steinhilber 2005) - auf nationale Präferenzen und den Konflikt zwischen um ihre Souveränität bemühten Mitgliedsstaaten (vgl. Collett 2008; Gümüs 2010: 450; Parkes/Angenendt 2010: 3f.) mit der auf Ausweitung ihrer Kompetenzen bedachten Kommission (vgl. Guild 2007; Parusel 2010: 48) zurückgeführt. Den Mitgliedsstaaten wird dabei deskriptiv ein eher an Sicherheit und Kontrolle ausgerichtetes Interesse (vgl. Parusel 2010: 73) zugeschrieben, während die Kommission als in der Regel liberaler gilt. Andererseits wird auf *funktionale Erklärungen* zurückgegriffen: Die Blue Card resultiere - so die These - notwendig aus demographischem Wandel (vgl. Bertozzi 2007: 8; Cerna 2010: 14; Gümüs 2010: 437) und Fachkräftemangel (Cerna 2010: 14; Gümüs 2010: 438). Sie sei Mittel zum in der Lissabon-Strategie der EU formulierten Zweck zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ (EC 2000: 2) aufzusteigen (vgl. Weizsäcker 2006: 5) und Voraussetzung, um in der globalen Konkurrenz mit anderen Wirtschaftsräumen (z.B. USA, Kanada) zu bestehen (vgl. Weizsäcker 2006: 6).

Beide Debattenstränge verbleiben in der Regel auf der deskriptiven Ebene. Ihnen gelingt es daher nur sehr bedingt, die Frage nach dem „Warum“ der Blue Card zu beantworten. Die *Entstehung* der nationalen und supranationalen institutionellen Präferenzen wird in der Regel nicht nachvollzogen, sondern diese werden als gegeben angenommen (vgl. Carrerra 2007: 10f.); bezüglich der Souveränitätsthese bleibt unklar, *warum* eine Ausweitung der supranationalen Regulierung nicht im Interesse der Nationalstaaten ist - selbst innerhalb der intergouvernementalen Logik wäre dies im Sinne einer principal-agent Beziehung zumindest möglich (vgl. Stetter 2000); schließlich fehlt ein

---

<sup>1</sup> Das Arbeitspapier ist im Rahmen des Forschungsprojekts „Die Transnationalisierung des Staates im Prozess der Entstehung einer gemeinsamen europäischen Migrationskontrollpolitik“ (<http://staatsprojekt-europa.eu>) entstanden.

Verständnis dafür, *wie* sich die postulierten funktionalen Erfordernisse in konkrete Politiken übersetzen. Auch wird die konstatierte Funktionalität der Blue Card keiner eigenständigen Analyse unterzogen, stattdessen werden die vom politischen Diskurs der Kommission postulierten ‚funktionalen Notwendigkeiten‘ ungeprüft wiedergegeben und darüber wissenschaftlich legitimiert (vgl. Cerna 2008: 8f.).

Ursache für diese beschränkte Erklärungskraft ist das gesellschaftsanalytische Defizit der beiden Erklärungsansätze (vgl. grundlegend Apeldoorn/Overbeek/Ryner 2007). Gesellschaftliche Akteure werden in der Regel nur unsystematisch (vgl. Cerna 2008: 15; Gümüs 2010: 443) oder abstrakt (vgl. Cerna 2009; Cerna 2008: 8; Cerna 2010: 9) in die Analyse einbezogen, die konkreten Kämpfe, die sich in der EU als „institutionell gefestigte[r] Handlungsarena mit [...] Akteurscharakter“ (Bieling 2010: 19f.) abspielen, bleiben in den Analysen ausgeblendet. Während für die nationale Präferenzbildung mit den Arbeiten von Alexander Caviedes (vgl. Caviedes 2010a; Caviedes 2010b) für einige Nationalstaaten bereits Kräfteverhältnisse bezüglich hochqualifizierter Zuwanderung in unterschiedlichen Sektoren in den Blick genommen wurden, steht eine solche Analyse für die europäische Ebene noch aus. Im vorliegenden Artikel soll daher versucht werden, die Strategien der Europäischen Kommission zu erklären, indem sie auf die supranationalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bezogen werden.

Theoretisch macht dies notwendig, eine genuin polit-ökonomische Perspektive einzunehmen, da es nur so gelingen kann, die Wechselverhältnisse zwischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und institutionellen Strukturen in den Blick zu nehmen. Als besonders geeignet erweisen sich hierfür neo-gramscianische und neo-poulantzianische Ansätze der Internationalen Politischen Ökonomie, da in diesen einerseits gesellschaftlichen Kämpfen und Kräfteverhältnissen eine prominente Rolle zukommt, andererseits Institutionen gesellschaftstheoretisch verortet werden. Staatsapparate-(ensembles) und politische Projekte werden statt als ‚black box‘ als umkämpfte „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas 2002: 159) beziehungsweise als „spezifisch institutionalisierte Arena sozialer (Klassen-)Kämpfe“ (Bieling 2010: 37f.) in den Blick genommen.

Um die Entwicklung der Blue Card zu erklären, wird mit diesem Instrumentarium eine Analyse in drei Schritten vorgenommen: Zunächst wird die Entstehung des eingebetteten Neoliberalismus, der als hegemoniales Projekt das Terrain der Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene maßgeblich strukturiert (vgl. Apeldoorn 2002; Apeldoorn 2009; Bieling/Steinhilber 2000) kurz skizziert

(Abschnitt 2.), daran anknüpfend werden die konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bezüglich der Blue Card dargestellt (Abschnitt 3.). Schließlich wird unter Bezugnahme auf die ersten beiden Schritte eine um supranationale gesellschaftliche Interessen und Kräfteverhältnisse erweiterte Erklärung der Entwicklung der Blue Card mit Fokus auf den Strategien der Europäischen Kommission vorgenommen (Abschnitt 4.).

## 2. Die Lissabon-Strategie als umkämpftes Projekt innerhalb des ‚eingebetteten Neoliberalismus‘

Den Kontext der Entwicklung der Blue Card bildet die Lissabon Strategie, in der die EU das ambitionierte Ziel formuliert, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt aufzusteigen (vgl. EC 2000: 2). Diese entsteht Ende der 1990er Jahre als konkretes Projekt und Artikulation des eingebetteten Neoliberalismus oder, anders formuliert, der „wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise“ (vgl. Ziltener 1999) der Europäischen Union.

Die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise wurde in den 1980er und frühen 1990er Jahren über eine Reihe hegemonialer Projekte - insbesondere die Einheitliche Europäische Akte („Binnenmarktprojekt“) und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU/WWU) - etabliert (vgl. Bieling/Steinhilber 2000). Die Entstehung dieser hegemonialen Projekte war dabei unter anderem auf intentionale Strategien europäischer Unternehmen zurückzuführen, wie sie über den European Roundtable of Industrialists (ERT) artikuliert wurden. Ziel der Strategien war ein Ausstieg aus nationalen Kräfteverhältnissen, um die Gestaltungsmacht des Kapitals zu erhöhen (vgl. Holman 2009: 182ff.). Zuvor hatten sich durch starke Gewerkschaften und kämpferische Belegschaften die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in Richtung der ArbeitnehmerInnen verschoben (vgl. Apeldoorn 2002: 53; Pijl 2006: 104ff.). Folge waren sinkende Profitraten der Unternehmen - der so genannte „profit squeeze“ (Sablowski 2003). Gleichzeitig verloren die europäischen Unternehmen in der globalen Konkurrenz an Boden. Durch die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes sollten diese Wettbewerbsnachteile ausgeglichen und große, global wettbewerbsfähige europäische Unternehmen („Euro-Champions“) aufgebaut werden (vgl. Apeldoorn 2003: 121).



In den 1980er Jahre konnte sich die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise auf einen „permissiven Konsens“ (Bieling/Steinhilber 2000: 114) innerhalb der nationalen Bevölkerungen, d.h. auf eine relativ breite Zustimmung, stützen. Dazu trug unter anderem die Hoffnung bei, durch die Etablierung europäischer Regulierungsmechanismen wie der Währungsunion die Gestaltungsmacht von Politik gegenüber Kapitalstrategien zu erhöhen (vgl. Apeldoorn 2002: 149). Bereits Anfang der 1990er Jahre wurde jedoch deutlich, dass sich diese Hoffnung - ebenso wie die ebenfalls mit der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise verknüpften Hoffnungen auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze - nicht erfüllen sollten. Stattdessen wurden die negativen Konsequenzen - verringerte Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten und soziale Folgekosten - der Projekte im Alltag erfahrbar (vgl. Beckmann/Deppe/Heinrich 2006: 47). Verstärkt durch eine tiefe Rezession sank die Zustimmung zum europäischen Projekt dadurch in fast allen Ländern massiv (vgl. Deppe 2001: 208ff.).

Im Zuge dieser Hegemoniekrise der Europäischen Union versuchten die supranationalen Staatsapparate zunehmend neue AkteurInnen in ihre politischen Projekte einzubinden. Vor allem die Europäische Kommission bemühte sich in den 1990er Jahren um eine Etablierung europaweiter zivilgesellschaftlicher Organisationen (vgl. Coen 1998: 79; Huke 2010: 37ff.). Durch diesen Aufbau eines europäischen ‚Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes‘ (vgl. Apeldoorn 2002: 72) sollte die hegemoniale Bindungskraft des europäischen Projekts - und damit nicht zuletzt auch der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise - erhöht werden. Auch die Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 reagierte auf die sinkende Zustimmung der Bevölkerungen (vgl. Overbeek 2003a: 2; Tidow 2003: 77f.). Einerseits stand in ihr weiterhin das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit an erster Stelle, andererseits ging es in ihr jedoch auch um eine Ausweitung der sozialen Kohäsion in der EU, indem „best practice“ und „benchmarking“-Methoden im Bereich der Sozialsysteme etabliert wurden (vgl. Holman 2006). Neben der Hegemoniekrise trug zu dieser Transformation der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise auch der europaweite Erfolg von Parteien der ‚Neuen Sozialdemokratie‘ (vgl. Levitas 2005) bei.

In der Zielsetzung, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt aufzusteigen (vgl. EC 2000: 2), wird deutlich, dass die Strategie auf innovationsbasierte Erneuerung des europäischen Projekts abzielte. Mit Bob Jessop könnte man sagen, dass es in ihr damit um den Aufbau eines (europäischen) „schumpeterian workfare postnational regime“ (SWPR) geht. Ein solches ist durch die folgenden Merkmale gekennzeichnet:

„First, regarding its functions for private capital, it is *Schumpeterian* insofar as it tries to promote permanent innovation and flexibility in relatively open economies by intervening on the supply side and to strengthen as far as possible their structural and/or systemic competitiveness. [...] Second, regarding social reproduction, the SWPR can be described (at the risk of some misunderstanding) as a *workfare* regime insofar as it subordinates social policy to the demands of labour market flexibility and employability and to the demands of structural or systemic competitiveness. [...] Third, compared with the earlier primacy of the national scale, the SWPR is ‘post-national’ insofar as the increased significance of other spatial scales and horizons of action [...] makes the national territory less important as a ‘power container’. This is associated with a transfer of economic and social policy-making functions upwards, downwards and sideways. [...] Finally, regarding the mode of delivery of economic and social policies, the SWPR has become more regime-like relative to the statism of the KWNS [Keynesian national welfare state, N.H.]” (Jessop 2003: 38ff.)

Statt wie die vorangegangenen hegemonialen Projekt im Wesentlichen auf Marktintegration zu setzen, zielte die Lissabon-Strategie auf einen europäischen (Wettbewerbs-)Korporatismus und darüber auf eine Transformation des neoliberalen Projekts (vgl. Overbeek 2003b). Zentrales Element der Strategie war eine Re-Definition von Arbeitslosigkeit, die Arbeitsmarktrisiken individualisierte - und damit den Fokus von strukturellen Ursachen auf ‚workfare‘, Arbeitsmarktflexibilität, Eigeninitiative und - potentiell, aufgrund der mangelnden ‚employability‘ der autochtonen Bevölkerung - Zuwanderung verschob (vgl. Overbeek 2003c: 27).

Leitbild der Arbeitsmarktpolitik war damit, neben der Vorstellung einer europäischen Wettbewerbsgemeinschaft, der post-fordistische „Arbeitskraftunternehmer“ (Pongratz/Voß 2003) oder „Davos Man“ (Benería 1999). Wie schon der fordistische Familienernährer (vgl. Ludwig/Mennel 2005) ist auch dieses Leitbild männlich kodiert, da Reproduktionsarbeit und Bildung außerhalb der öffentlichen Sphäre und damit im privaten, in der Regel unbezahlten Bereich meist von Frauen verrichteter Care-Tätigkeiten verortet werden. In der zentralen Stellung, die Flexibilität im Leitbild zukommt, ist eine Dynamik angelegt, die später auch in der Diskussion um hochqualifizierte Zuwanderung eine wichtige Rolle spielt: Durch die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse investieren Unternehmen zunehmend weniger in die Qualifizierung ihrer ArbeitnehmerInnen, was sich wiederum negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen, aber auch auf das „Angebot“ ausreichend qualifizierter ArbeitnehmerInnen negativ auswirkt (vgl. Piester et al. 2008: 31).

Als Begründung der Lissabon-Strategie diente der Diskurs um die europäische Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Konkurrenz. In diesem seit den 1980er Jahren vor allem von

transnationalen Kapitalfraktionen, wie sie etwa vom ERT repräsentiert werden, vorangetriebenen Diskurs legitimiert sich die schumpeterianische europäische Strategie durch sich aus „der Globalisierung“ ergebende „Sachzwänge“ (vgl. Apeldoorn 2003; Apeldoorn 2009; Bradanini 2009; Overbeek 2003a: 6). Aber auch die europäischen Gewerkschaften sahen den Wettbewerbs-korporatismus der Lissabon-Strategie als Chance. Im Zuge der hohen Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren, aber auch durch ihre relative Einflusslosigkeit auf europäischer Ebene befanden sie sich in einer strukturell schwierigen Ausgangslage (vgl. Bieling 2003: 51), in der sie sich von ihrer (auf europäischer Ebene im Wesentlichen symbolischen) Einbindung in (wettbewerbs-)korporatistische Arrangements und das schumpeterianische europäische Projekt neue Handlungsspielräume versprachen:

„Whereas trade unions successfully blocked neo-liberal restructuring when they were provoked in open confrontation, competitive corporatism has proved itself an effective medium for co-opting the trade unions into this restructuring. From the point of view of the trade unions, the new opportunity for corporatist participation was also seen as an opportunity to break with the politically defensive posture of the 1980s and to regain recognition as a respectable national ‘social partner’.” (Ryner/Schulzen 2003: 189)

Auch auf nationaler Ebene wurden sie in Bündnisse für Arbeit eingebunden, die nicht zuletzt die ebenfalls auf dem Wettbewerbsfähigkeitsdiskurs aufbauenden „Neuen Sozialdemokratien“ implementierten (vgl. Bieling/Schulzen 2003; Jessop 2003: 43). Durch den sie flankierenden Wettbewerbskorporatismus gelang der Lissabon-Strategie eine Einbindung der Gewerkschaften, ohne eine grundlegende Abkehr von der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise (vgl. Ryner/Schulzen 2003: 191). Der Wettbewerbsfähigkeitsdiskurs avancierte so zum ‚hegemonialen Moment‘ der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise (vgl. Apeldoorn 2009: 28). Gleichzeitig verknüpften die verschiedenen in die Lissabon-Strategie eingebundenen AkteurInnen mit dieser jedoch unterschiedliche Strategien, die Strategie diente damit teilweise als eine Art „leerer Signifikant“ (vgl. Nonhoff 2008):

“The European Trade Union Confederation (ETUC) supported the Lisbon strategy in particular because of its ‘balanced and integrated approach between economic, social and environmental policies’ [...]. In other words, the European trade union movement welcomed Lisbon as a strategy to overcome the asymmetry of European governance. The ‘reform agenda’ of Lisbon also has been very much welcomed by the ERT, which saw many of its ideas reflected in it. Subsequently - and in light of the noticeable lack of progress - the ERT has devoted much energy to push for the implementation of Lisbon, prioritizing (among others) the areas of innovation, the

creation of an integrated European capital market, full liberalization of services and public utilities, deregulation, pension reform and labour market reform [...]” (Apeldoorn 2009: 31)

Die Vermittlung eben dieser verschiedenen an sie geknüpften Strategien gelang der Lissabon-Strategie in den Folgejahren nur sehr begrenzt - der Konflikt zwischen sozialer Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit wurde durch den starken Einfluss unter anderem des ERT in Richtung letzterer aufgelöst. Insbesondere die Integration der europäischen Gewerkschaften blieb dadurch brüchig und instabil (vgl. Ryner/Schulten 2003: 192):

„Already in spring 2004, when he was about to leave office, even the then President of the European Commission, Romano Prodi, called the Lisbon process ‘a big failure’. [A]lso key transnational social forces, in particular organized labour, started to distance themselves from Lisbon.” (Apeldoorn 2009: 32)

So äußerte unter anderem der ETUC die Befürchtung, dass die Lissabon-Strategie zunehmend zu einer reinen Marktstrategie verkomme und kündete Widerstand für den Fall an, dass die Lissabon-Strategie zum Abbau des ‚sozialen Europas‘ eingesetzt werde (vgl. Apeldoorn 2009: 36). Letztendlich blieb der Erfolg der Lissabon-Strategie, die versuchte, die europäische Ebene gegenüber nationalen wettbewerbsstaatlichen Modellen als zentrale „scale“ (vgl. Wissen 2008) der Wettbewerbsstaatlichkeit zu etablieren, daher begrenzt (vgl. Bieling 2003: 67).

### 3. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, politische Strategien und die „Blue Card“

Die Blue Card zielte darauf ab, das nötige ‚Humankapital‘ für den „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ im „global battle for talent“ (vgl. Collett 2008) zu rekrutieren. Um ihre Entstehung zu klären, ist es zunächst notwendig, die konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, in diesem Fall insbesondere die Strategien der „social partners“ (vgl. Caviedes 2010b), d.h. von Kapitalfraktionen und Gewerkschaften zu untersuchen. In dieser Analyse werden die gesellschaftlichen Kräfte sichtbar, auf denen die Initiative der Kommission sich stützt. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich die Strategie der Kommission nicht nur passiv aus den Kräfteverhältnissen ableiten lässt, sondern dass diese als „Staatsapparat[...]“ (Poulantzas 2002: 59) eine Eigenlogik besitzt, die in einer „relativen Autonomie“ (vgl. Hirsch/Kannankulam 2006) resultiert. Die Trennung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Strategien der Kommission ist dabei allein rekonstruktiv und abstrahiert

von der Verwobenheit der beiden Dimensionen in der konkreten Praxis des „europäische[n] Staats-Zivilgesellschafts-Komplex[es]“ (Bieling 2010: 29).

### 3.1. Strategien von ArbeitgeberInnen

Die ArbeitgeberInnenverbände als zentrale TrägerInnen der Lissabon-Strategie verhielten sich in der Frage einer offensiven hochqualifizierten Zuwanderungspolitik auf europäischer Ebene zurückhaltend (vgl. Menz 2009: 113f.). Dieses Ergebnis überrascht - vor allem wenn man sie mit den Interessen der ArbeitgeberInnen vergleicht, wie sie politökonomische Ansätze der Migrationsforschung idealtypisch rekonstruieren: Nach diesen wäre eine einhellige Unterstützung zu erwarten gewesen (vgl. Caviedes 2010b; Cerna 2007; Menz 2009: 8).

Anders als von diesen Ansätzen rekonstruiert, erweisen sich die Interessen der ArbeitgeberInnen bezüglich einer europäischen Migrationspolitik jedoch als weitaus vielschichtiger. Empirische Analysen zeigen, dass sie nach der Größe der Unternehmen sowie den Kräfteverhältnissen in unterschiedlichen Sektoren variieren. Insbesondere in nationalen Sektoren wie der deutschen Metall- und Elektroindustrie, in denen relativ starke Gewerkschaften relativ umfassende Qualifizierungsprogramme für die ArbeitnehmerInnen durchsetzen können, halten sich ArbeitgeberInnen in Forderungen nach Zuwanderung zurück, da sie fürchten, dadurch Kompromisse mit den Belegschaften in Frage zu stellen (vgl. Caviedes 2010a: 89). Bereits eine einheitliche Formulierung nationaler ArbeitgeberInneninteressen ist daher oft schwierig, wie etwa an den Auseinandersetzungen zwischen den deutschen ArbeitgeberInnenorganisationen im Bausektor und dem nationalen Dachverband BDA deutlich wird (vgl. Caviedes 2010a: 97). Auf europäischer Ebene kommen unterschiedliche nationale Kräfteverhältnisse in den gleichen Sektoren hinzu (vgl. Caviedes 2010a). Lobbyarbeit für eine Ausweitung hochqualifizierter Zuwanderung erweist sich als nur eine - und nicht immer besonders relevante - „Taktik“ (vgl. Jessop 1990: 205) der ArbeitgeberInnen um mit dem Problem des Arbeitskräftemangels umzugehen, das die Kommission mit ihrer Initiative lösen möchte. Alternativ setzen die ArbeitgeberInnen auch auf die An- und Abwerbung lokal verfügbarer hochqualifizierter ArbeitnehmerInnen, auf die Qualifizierung von geringer qualifizierten ArbeitnehmerInnen (insbesondere im Falle starker Gewerkschaften), auf innerbetriebliche Versetzungen von ArbeitnehmerInnen sowie die Ausgliederung („Offshore Outsourcing“) von Produktion und Dienstleistungen (zu den Grenzen des Outsourcing vgl. exemplarisch Hartmann 2009: 240). Die Lobbyarbeit der

ArbeitgeberInnenverbände im Bereich der legalen Zuwanderung zielt dadurch auf sehr spezifische, sektorabhängige Regelungen, die sie zum Teil eher national als europäisch zu verwirklichen sehen (vgl. Cerna 2008: 13f.; Menz 2009: 113f.).

In der Debatte um die „Blue Card“ lassen sich innerhalb der ArbeitgeberInnen- und Kapitalverbände auf europäischer Ebene konkret fünf Positionen identifizieren:

- (1) Die Verbände und europäischen Unternehmen der IT-Industrie (z.B. EICTA/Digitaleurope, SEMI sowie die indische NASSCOM) begrüßen und unterstützen die Initiative aktiv. Exemplarisch stellt ein Zusammenschluss von Softwareunternehmen in einem Expertisepapier für die Europäische Union („Playing to win in the software market. Software 2.0: Winning for Europe“) fest:

“As a globalised sector, foreign competition is an established feature of the software market and one that has exercised both industry and policy-makers at length in recent years. Given the skills crisis, it may be necessary to rethink our perspective on this issue. Increasingly, foreign talent is an advantage to be leveraged by European companies, rather than a replacement for European talent. In this globally competitive environment, European industry has to compete for talent worldwide. Europe needs the best and brightest wherever they are.” (Industry Expert Group 2009: 37)

Ähnlich argumentiert der Interessenverband der Halbleiterindustrie, damit Europa weiter in der Technologiekonkurrenz bestehe könne und um Standortverlagerungen zu vermeiden, seien nationale und europäische Programme zur Anwerbung Hochqualifizierter notwendig:

“Europe is suffering from skilled-labour shortage, particularly in the ICT sector which lacks 300,000 qualified staff. In order to fill the staffing gap, two actions are needed: attracting more students in the fields of natural science, mathematics and engineering, and welcoming highly-educated foreign nationals to Europe. Further actions are required both at EU and national level to ensure that Europe can still compete in the global race for talent.” (SEMI 2008: 4)

Als Dachverband der IT-Unternehmen hält auch EICTA (ab 2009 umbenannt in Digitaleurope) eine europäische Regelung für unumgänglich:

“EICTA, the voice of the European digital technology industry, which includes large and small companies in the ICT and consumer electronics industry sectors, calls upon governments in Europe to undertake efforts to

ensure that Europe becomes a more attractive location for such skilled and entrepreneurial individuals. We support the European Commission's proposals for Council Directives on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purposes of highly qualified employment is a positive response to attracting highly qualified workers into Europe's borders. The creation of a fast-track procedure, with the possibility of an "EU Blue Card" under specific conditions, creates a needed harmonised procedure across the EU territory to attract "the very best minds" from outside of Europe, particularly for targeted industries such as ICT. We also welcome the forthcoming Commission proposal for a Directive facilitating intra-company transfers of skilled employees. Action is needed at a European level. Purely national approaches to immigration are insufficient." (EICTA 2008: 2)

EICTA betreibt daher nach eigenen Angaben aktives Lobbying für die Initiativen der Kommission (vgl. Digitaleurope 2010; CEDEFOP 2008). Auch der indische IT-Verband NASSCOM unterstützt die Kommissionspolitik mit dem Argument, dass sie Standortverlagerungen indischer IT-Unternehmen nach Europa erleichtere (vgl. Spiegel online 2009).

- (2) Der European Roundtable of Industrialists (ERT) - als Verband großer europäischer Konzerne einer der zentralen gesellschaftlichen AkteurInnen im Prozess der Lissabon-Strategie, hält sich mit Äußerungen bezüglich der legalen Zuwanderungspolitik bedeckt, formuliert jedoch grundsätzlich Unterstützung: „ERT welcomes the concept of a ‚Blue Card‘ as launched by the European Commission. It is essential to increase the worldwide mobility of highly skilled people” (ERT 2008: 44). Die Zurückhaltung des ERT kann nicht zuletzt darauf zurückgeführt werden, dass dieser bis Ende der 1990er Jahre kaum Bereiche der „new economy“, sondern vor allem verarbeitende Industrieunternehmen vertrat (vgl. Apeldoorn 2002: 97). Insgesamt ist die Datenlage bezüglich der ERT-Strategien im Bereich hochqualifizierte Zuwanderung jedoch relativ dünn.
- (3) Das American Chamber of Commerce to the European Union (AMCHAM EU) als Dachverband des US-basierten, transatlantischen Kapitals fokussiert insbesondere die Ausweitung der Möglichkeiten einer innerbetrieblichen Versetzung von ArbeitnehmerInnen (vgl. AMCHAMEU 2008; AMCHAMEU 2009). Gleichzeitig spricht es sich jedoch auch grundsätzlich für eine Europäisierung der Migrationspolitik sowie eine „Green Card“-Regelung aus (vgl. AMCHAMEU 2005). Vergleichbar äußert sich auch das Japanese Business Council in Europe (vgl. Japan Business Council in Europe 2005).

- (4) UEAPME als europäischer Dachverband der kleinen und mittelständischen Unternehmen begrüßt die migrationspolitischen Initiativen der Kommission, fordert jedoch gleichzeitig eine Ausweitung der legalen Zuwanderungsmöglichkeiten auf von Unternehmen benötigte, qualifizierte MigrantInnen im Allgemeinen (vgl. UEAPME 2008). Gleichzeitig betont er wiederholt, dass eine verbesserte Arbeitsmarktintegration der europäischen Bevölkerungen notwendig, aber kein Ersatz für Zuwanderung (vgl. UEAPME 2005: 2) sei und begrüßt Initiativen der Kommission, die rechtliche und soziale (z.B. Familienzusammenführung) Situation der hochqualifizierten MigrantInnen an jene der europäischen Bevölkerungen anzupassen (vgl. UEAPME 2005; UEAPME 2008). Grundsätzlich befürwortet UEAPME einen horizontalen Ansatz der legalen Zuwanderung, angesichts der angenommenen (sicherheitspolitisch motivierten) Widerstände der Nationalstaaten hält sie jedoch einen „Sektor für Sektor“-Ansatz für realistischer und daher für den richtigen Weg (vgl. UEAPME 2005: 2). Einziger Kritikpunkt der UEAPME ist, dass Vereinbarungen über ein Mindesteinkommen der hochqualifizierten MigrantInnen ihrer Ansicht nach nicht auf europäischer Ebene, sondern nur auf nationaler Ebene getroffen werden sollten (vgl. UEAPME 2008: 5). Außerdem müsse den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit vorbehalten bleiben, auf Basis einer Analyse ihrer Arbeitsmärkte UnionsbürgerInnen gegenüber hochqualifizierten MigrantInnen aus Drittstaaten Vorzug zu gewähren (vgl. UEAPME 2008: 3).

Auch EUROCHAMBRES, der europäische Dachverband der Industrie- und Handelskammern, begrüßt die Blue Card als Möglichkeit zur Steigerung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Die beschlossene Blue Card-Richtlinie greife jedoch zu kurz, so der Generalsekretär Arnaldo Abruzzini: „we need a much more ambitious text than the one which we have today on the table. With this watered down directive, we cannot expect the EU to become a magnet for workers in an unbureaucratic, flexible and efficient way“ (vgl. EUROCHAMBRES 2008). Ausgeweitet werden sollten zum einen die Anwerbebemühungen in Drittstaaten, mit denen noch keine bilateralen oder Partnerschaftsabkommen bestehen. Darüber hinaus sei es notwendig, auch eine europäische Regelung für mittel- und geringqualifizierte ArbeitnehmerInnen zu treffen. Als besonders für die kleinen und mittelständischen Unternehmen schädlich kritisiert EUROCHAMBRES



das als Voraussetzung der Blue Card vorgesehene Mindesteinkommen (vgl. EUROCHAMBRES 2008).

- (5) UNICE (ab 2007 umbenannt in Businesseurope) als Dachverband, der eher große Industrieunternehmen repräsentiert (vgl. Apeldoorn 2002: 102), steht einer europäischen Regelung zurückhaltend gegenüber und betont die Notwendigkeit flexibler nationaler Regelungen. Der Verband begrüßt zwar die Initiativen der Kommission unter anderem mit Verweis auf die demographische Entwicklung und die positiven Auswirkungen auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit (vgl. UNICE 2005: 1), spricht sich jedoch vehement gegen eine Festlegung von Quoten auf europäischer Ebene aus:

“Any attempt to quantify needs at EU level is neither feasible nor desirable given the differences between labour markets, companies’ requirements and skills gaps across Europe.” (UNICE 2005: 4).

Die Bestimmung der benötigten MigrantInnen solle vielmehr Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleiben:

“the number of economic migrants to be admitted in order to seek work, the types of their qualifications and skills as well as their country of origin lie with the competence of Member States. UNICE has strong reservations regarding an EU-level coordination method relating to those Member States which use national quotas as suggested in the green paper and would strongly oppose any attempt to quantify needs at EU level. The EU level should stay away from any quantitative approach to migration flows and should under no circumstances impose national quotas.” (UNICE 2005: 1)

Die Verbandsmitglieder BDA/BDI (Deutschland) und Medef (Frankreich) sehen sogar grundsätzlich keine Notwendigkeit für eine europäische Regelung (vgl. UNICE 2005: 1 Fn.1). Gleichzeitig äußert sich Businesseurope jedoch kritisch gegenüber Abschwächungen und Widerständen gegenüber der Initiative der Kommission, wie sie etwa vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament formuliert werden (vgl. Businesseurope 2008: 1, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2009). UNICE fordert eine horizontale Regelung auf europäischer Ebene, die unter anderem auch die Möglichkeiten (internationaler) innerbetrieblicher Versetzungen ausbaut (UNICE 2005: 5f.; Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2009). Wie die UEAPME wendet sich auch

Businesseurope vehement gegen eine europäische Festlegung von Mindestlöhnen für hochqualifizierte MigrantInnen (Businesseurope 2008: 2).

Damit wird deutlich, dass es den Kapitalfraktionen auf europäischer Ebene nicht gelingt, im Bereich der legalen Zuwanderung ein gemeinsames Klasseninteresse jenseits der unmittelbaren Interessen der jeweiligen Fraktion zu formulieren (Holman/Pijl 2003: 74). Einigkeit besteht lediglich über die utilitaristische, an den Bedürfnissen der Unternehmen ausgerichtete strategische Grundausrichtung. Die Fraktion der IT-Industrie, die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die „inneren Bourgeoisien“ (Poulantzas 1975: 65ff.) Japans und der USA in der Europäischen Union unterstützen hierfür die Initiativen der Kommission in Richtung Supranationalisierung mehr oder weniger aktiv - wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen (z.B. Privilegierung innerbetriebliche Versetzungen bei den „inneren Bourgeoisien“). Die großen europäischen Unternehmen stehen ihnen hingegen skeptisch gegenüber und fordern demgegenüber stärkere nationale Kompetenzen. Die Widersprüche zwischen großen und kleinen und mittelständischen Unternehmen lassen sich auf die unterschiedlichen alternativ zur Verfügung stehenden Taktiken zurückführen: Die großen Unternehmen verfügen im Kampf um inländische Hochqualifizierte über weitaus bessere Ressourcen und Angebotsmöglichkeiten (vgl. Caviedes 2010a: 111; Piester et al. 2008: 11), außerdem können sie weitaus einfacher auf alternative Strategien wie die innerbetriebliche Versetzung von ArbeitnehmerInnen (vgl. Caviedes 2010a: 111ff.) oder die Ausgliederung von Produktions- oder Dienstleistungen (vgl. Piester et al. 2008: 11) zurückgreifen.

### 3.2. Strategien von Gewerkschaften

Anders als die ArbeitgeberInnenverbände verfolgen die Gewerkschaften in der Migrationspolitik auf europäischer Ebene einen „rights-based approach“ (ETUC 2005: 5). Sie wenden sich damit sowohl gegen die sicherheitspolitische Ausrichtung, die sie auf Seiten des Europäischen Rats verorten (vgl. EPSU 2010: 2), als auch gegen den ‚utilitaristischen‘ Ansatz, der die Ausrichtung der Migrationspolitik von den ‚Bedürfnissen‘ der Europäischen Union aus zu bestimmen versucht. Letzteren Ansatz sehen sie unter anderem im Konzept der Blue Card verankert (vgl. EPSU 2010: 2). In diesem Sinne sprechen sich die europäischen Gewerkschaften für eine konsequente Anwendung und Verstärkung arbeitsrechtlicher Standards (vgl. ETUC 2007a), grundlegende Rechte für alle ArbeitnehmerInnen (vgl. EPSU 2009: 1), Regularisierungen und Organisierungsmöglichkeiten für undokumentierte MigrantInnen (vgl. ETUC 2005: 3), eine enge

Einbindung der Sozialpartner insbesondere im Bereich der legalen Zuwanderung (vgl. ETUC 2005: 6), eine verbesserte Integration der MigrantInnen in die europäischen Gesellschaften (vgl. ETUC 2005: 8) sowie für eine Beachtung der Gender-Dimension von Migrationsprozessen in die EU (vgl. ETUC 2005: 9) aus. Für legale Zuwanderung fordern sie eine horizontale, alle Migrationsbereiche umfassende Richtlinie, die unter anderem die nationalen Arrangements der industriellen Beziehungen respektiert:

„The ETUC suggests the Commission to come up with a separate Green Paper, addressing all relevant aspects of cross border working in terms of labour law, mobility and migration, also including working conditions of self-employed service providers, which should address the need for a more accessible and transparent legal framework while respecting national industrial relations systems and collective bargaining.“ (ETUC 2005: 11)

Innerhalb dieser horizontalen Richtlinie solle nicht zuletzt die arbeitsrechtliche Absicherung von selbstständig Beschäftigten - die von den Gewerkschaften als Gefahr für Arrangements der industriellen Beziehungen gesehen werden während sie von den ArbeitgeberInnenverbänden (vgl. exemplarisch UNICE 2005: 8) begrüßt werden - und den innerbetrieblich versetzten ArbeitnehmerInnen geklärt werden (vgl. ETUC 2005: 11). Darüber hinaus sehen die Gewerkschaften auch die Notwendigkeit, vor allem hochqualifizierten Flüchtlingen und AsylbewerberInnen einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen (vgl. ETUC 2007b: 19).

Die Position der europäischen Dachverbände ist jedoch keinesfalls so eindeutig, wie es diese grundsätzlichen Positionsbestimmungen vermuten lassen. So finden sich etwa in Positionspapieren von ETUC durchaus Elemente eines ‚utilitaristischen‘ Ansatz, der auf eine Erhöhung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit abzielt. Unter anderem wird die Bedeutung der MigrantInnen im Kontext des demographischen Wandels, globaler Konkurrenz um Hochqualifizierte und der Lissabon-Strategie betont (vgl. ETUC 2005: 2; 9) und die mangelhafte Ausnutzung des Potentials der bereits in der EU lebenden MigrantInnen beklagt (vgl. ETUC 2005: 3). Auch für sicherheitspolitische Strategien finden sich Legitimationselemente:

„Proposals to unilaterally promote global competition and free market mechanisms, without proper counterbalances that safeguard national labour markets and their industrial relations systems, may increase [...] feelings of insecurity [among workers, N.H.]. These pressures and insecurities in many countries give rise to xenophobic sentiments. Irregular migrants and asylum seekers become the scapegoats of European workers’ nightmares, and regular migrants, refugees with recognized status and ethnic minorities with EU citizenship are increasingly treated with similar contempt and overt racism.“ (ETUC 2005: 5)

Der ETUC spricht sich dafür aus, der Ausnutzung des Potentials der bereits in der EU ansässigen Bevölkerungen gegenüber Zuwanderung Priorität einzuräumen (ETUC 2005: 10, EurActiv 2008). Auch wenn er eine europäische Regelung der legalen Zuwanderung begrüßt, spricht sich der ETUC für eine starke Rolle der nationalen Staatsapparate - interessanterweise auch der Innenministerien - aus:

„Any discussion on economic migration should [...] be linked to the Lisbon strategy, as embedded in EU employment policies. Close cooperation on national as well as EU levels between the Ministers and Commissioners for Employment and Social Affairs and Justice and Home affairs is [...] key.” (ETUC 2005: 7)

Der Blue Card-Regelung stehen die Gewerkschaften insgesamt ambivalent gegenüber. Während sie einerseits die Rechte, die mit ihr verbunden sind (z.B. Familienzusammenführung, Gleichbehandlung) sowie grundsätzlich die Richtlinie als ersten Schritt in Richtung einer horizontalen Regelung der legalen Zuwanderung begrüßen (vgl. ETUC 2007c), sehen sie andererseits die Gefahr, dass über die Richtlinie unterschiedliche (arbeits-)rechtliche Standards für verschiedene Gruppen von MigrantInnen etabliert werden. Darüber hinaus befürchten sie, dass durch Zuwanderung Investitionen in die Qualifizierung bereits in der EU lebender ArbeitnehmerInnen und Arbeitsloser verringert werden könnten (vgl. ETUC 2009: 9). Exemplarisch erklärt John Monk (Generalsekretär des ETUC):

"Immigration cannot be an easy solution for dealing with labour market shortages and demographic change. The social partners must be involved in assessing real labour market needs, and investment in training of unemployed workers – including those from a migrant or minority ethnic background – is a first priority. We will also have to make jobs in sectors where there are shortages more attractive to the locally unemployed in terms of wages and working conditions." (ETUC 2007a)

Auch für den IT-Bereich, dessen Arbeitskräftebedarf von den ArbeitgeberInnen als nicht über den lokalen Arbeitsmarkt abdeckbar angesehen wird, sehen gewerkschaftsnahe ExpertInnen ungenutzte Potentiale bei Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen. Arbeitsmigration werde oft „eingesetzt, um Experten Engpässe zu füllen, und diene[...] oftmals dazu, ein unzureichendes Diversity-Management in Bezug auf Gender und Alter zu kompensieren“ (Juliet Webster zit. nach UNI europa 2010: 4).

Die Gewerkschaften stehen - jedoch aus anderen Gründen als die ArbeitgeberInnenverbände - der in der Blue Card-Regelung vorgesehenen europäischen Regelung von Mindesteinkommen skeptisch gegenüber. Während die ArbeitgeberInnen vor allem zu hohe Einkommen fürchten, sehen die Gewerkschaften die Gefahr, dass im Falle zu niedriger nationaler Mindesteinkommen die Mindesteinkommen für MigrantInnen ebenfalls zu niedrig angesetzt werden könnten. Der ETUC fordert daher eine Einbindung der Gewerkschaften und ihre örtlichen Vertreter in die Festlegung von Mindesteinkommen, um Lohndumping zu vermeiden (vgl. ETUC 2007b: 18f.).

### 3.3. Strategien von NGOs

Die migrationspolitischen NGOs auf europäischer Ebene begrüßen eine europäische Regelung für hochqualifizierte Zuwanderung, warnen jedoch - ähnlich wie die Gewerkschaften - vor einer ‚utilitaristischen‘ Ausrichtung (vgl. European Platform for Migrants' Workers Rights 2005; Platform of European Social NGOs 2005; PICUM 2005: 1; SOLIDAR 2005: 2). Ebenso wie diese fordern sie einen rechtebasierten Ansatz. Als weitere Forderungen stehen in den Positionspapieren der NGOs zur legalen Zuwanderungspolitik auf europäischer Ebene insbesondere drei Aspekte im Mittelpunkt:

- (1) Die Forderung nach regelmäßiger Regularisierung der in der EU lebenden undokumentierten MigrantInnen - mit dem Ziel deren Ausbeutung und Marginalisierung entgegenzuwirken (vgl. Council of Filipino Associations in Belgium 2005; Platform of European Social NGOs 2005; PICUM 2005: 3; SOLIDAR 2005: 3f.);
- (2) jene nach der Analyse und Bearbeitung der geschlechterspezifischen Auswirkungen des europäischen Migrationsregimes - etwa durch Verbesserungen der aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Situation von Familienmitgliedern (vgl. EWL 2005; Platform of European Social NGOs 2005; PICUM 2005: 2; SOLIDAR 2005: 3);
- (3) sowie das Ziel einer Ausweitung der sozialen und politischen Rechte der MigrantInnen - hier kommt insbesondere der Forderung danach den Aufenthaltsstatus an die MigrantInnen und nicht an einen bestimmten Arbeitsplatz zu knüpfen eine zentrale Rolle zu (vgl. Caritas Europa; CCME; COMECE; ICMC; QCEA 2005: 7; Platform of European Social NGOs 2005; PICUM 2005; SOLIDAR 2005).

#### 4. Die Strategie der Europäischen Kommission als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erweisen sich damit für Initiativen der supranationalen Staatsapparate in Bezug auf eine europäische Regelung hochqualifizierter Zuwanderung als komplex: Einige Kapitalfraktionen (insbesondere die IT-Industrie - durch ihren Status als „industry of the future“ (Caviedes 2010a: 83) eine relativ potente Bündnispartnerin) - treiben den Prozess aktiv voran, während andere Kapitalfraktionen der Entwicklung skeptisch gegenüberstehen und stärker nationalen Wettbewerbsfähigkeitsdiskursen verhaftet bleiben (vgl. Menz 2009: 190). Die supranationalen Staatsapparate können zur Europäisierung damit nur bedingt auf die Unterstützung ihrer seit den 1980er Jahren ‚traditionellen‘ BündnispartnerInnen aus (transnationalen) großen Unternehmen (z.B. ERT, UNICE) bauen. Gewerkschaften und NGOs begrüßen eine Regelung hochqualifizierter Zuwanderung ebenfalls nur begrenzt, da sie eine ‚utilitaristische‘ Ausrichtung der Migrationspolitik befürchten, der sie einen rechtebasierten Ansatz entgegensetzen.

Innerhalb dieser Kräftekonstellation optiert die Kommission für eine offensive Europäisierungsstrategie, indem sie sich auf die Interessen neuer BündnispartnerInnen wie der IT-Industrie oder der - traditionell schwach in europäische Politik eingebundenen und wenig einflussreichen (vgl. Bengtson/Pahlberg/Pourmand 2009) - kleinen und mittelständischen Unternehmen stützt. Ausschlaggebend sind bei dieser strategischen Entscheidung das institutionelle Eigeninteresse der Kommission an einer Ausweitung der eigenen Kompetenzen (vgl. Parusel 2010: 48); weiterhin die Elitensozialisation (vgl. Strøby Jensen 2007) der Kommission in internationalen Diskursen um Migrationsmanagement - wie sie von der IOM (vgl. Georgi 2010), dem ICMPD (vgl. Georgi 2007) oder der OECD (vgl. Parusel 2010: 74f.) entwickelt werden; schließlich die strukturierende Wirkung des hegemonialen Rahmens des „embedded neo-liberalism“ (Apeldoorn 2002: 181f.), der sich in der utilitaristischen Grundausrichtung der „Blue Card“ niederschlägt und eine Einbindung breiterer zivilgesellschaftlicher Gruppen wie der Gewerkschaften oder migrationspolitischer NGOs verunmöglicht.

Den ideologischen Kern der Blue Card Initiative der Kommission bildete ein auf die Spitze getriebenes Modell des „Arbeitskraftunternehmers“ der Lissabon-Strategie: Die anzuwerbenden MigrantInnen sollten sich durch Autonomie, Flexibilität und Employability auszeichnen, während die Reproduktionsarbeit nicht nur aus dem öffentlichen in den privaten Bereich, sondern darüber

hinaus auch territorial ausgelagert wird. Kindheit, Ausbildung und oft auch - im Leitbild der „zirkulären Migration“ sogar explizit vorgesehen - Alter finden außerhalb der Grenzen der EU statt. Ins Zentrum ihres Werbens für eine europäische Regelung hochqualifizierter Migration setzt die Kommission eine ‚schumpeterianische‘ europäische Wettbewerbsfähigkeit im Sinne der Lissabon-Strategie, wie in einer Mitteilung aus dem Jahr 2000 deutlich wird:

“In Lisbon the Council set a new strategic goal for the EU for the next decade namely that it should become the most competitive and dynamic knowledge-based economy able to sustain economic growth and create more and better jobs with greater social cohesion. An overall strategy was adopted in order to achieve this with the objective of raising the employment rate [...]. The Joint Employment Report 2000 charts the progress which has been made in raising the employment rate [...]. It also highlights the areas where further efforts are needed and reports on a worrying growth in skills shortages and miss-matches in supply and demand for labour. While this is becoming acute in relation to some sectors employing the highly skilled who are essential to the development of a knowledge-based economy, shortages in the traditional low-skilled areas, such as agriculture and tourism, are continuing even where there are high levels of unemployment in spite of the efforts being made to combat this phenomena. These shortages could threaten the EU’s competitiveness in the global economy.” (COM 2000: 26)

Mit dieser Mitteilung ist die strategische Ausrichtung der Europäischen Kommission bestimmt, die folgenden Positionspapiere und Statements wiederholen im Wesentlichen die immer gleichen Argumente. So erklärt die Europäische Kommission 2001:

„Angesichts eines zunehmend globalen Arbeitsmarkts und des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften in bestimmten Sektoren des Arbeitsmarkts sollte die Gemeinschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, bei Bedarf Arbeitnehmer aus Drittstaaten aufzunehmen und einen Anziehungspunkt für diese darzustellen.“ (COM 2001: 24)

Der Wettbewerbsfähigkeitsdiskurs ist dabei eng unter anderem mit dem Demographiediskurs verknüpft, so erklärte Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Jahr 2007:

„Die Arbeitsmigration nach Europa stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch unser Wirtschaftswachstum. Sie trägt außerdem dazu bei, die mit einer alternden Bevölkerung einhergehenden demografischen Probleme zu bewältigen“ (Barroso zit. nach EurActiv 2008)

Auch der Konkurrenz zu anderen (internationalen) Standorten kommt eine zentrale Stellung im Diskurs der supranationalen Staatsapparate zu. Exemplarisch äußert sich 2007 der Kommissar für Justiz und Sicherheit Franco Frattini:

„Europas Attraktivität für hochqualifizierte Zuwanderer ist ein Maßstab für sein Gewicht auf internationaler Ebene. Wir wollen, dass Europa für Zuwanderer mindestens so attraktiv wird wie die etablierten Zuwanderungsländer Australien, Kanada und die USA. Wir müssen dafür sorgen, dass die hoch qualifizierten Arbeitskräfte ihre Meinung in Bezug auf die europäischen Arbeitsmärkte und ihre uneinheitlichen Zulassungsverfahren ändern. Wenn uns dies nicht gelingt, wird Europa auch weiterhin nur gering und mittelmäßig qualifizierte Arbeitskräfte anziehen. Zur Umkehrung dieses Trends bedarf es einer neuen Sichtweise und neuer Instrumente.“ (Frattini zit. nach EurActiv 2008)

Die Kommission ist damit ganz offensichtlich in der Lage, relativ autonom (vgl. Hirsch/Kannankulam 2006) von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen Strategien zu verfolgen und besitzt damit für eine materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses eine beträchtliche Eigenständigkeit. Zurückführen lässt sich diese auf den spezifischen Charakter des „europäischen Staatsapparateensembles“ (Wissel 2010: 81): Dessen Exekutivlastigkeit ermöglicht den europäischen Staatsapparaten bei der Strategieformulierung größere Handlungsspielräume, als sie nationalen Staatsapparaten zukommen (vgl. Bieling 2010: 49).

Geht man in der Analyse hingegen von der Frage nach der Möglichkeit einer relativ eigenständigen strategischen Positionierung von Staatsapparaten über zur Frage nach deren Durchsetzungsfähigkeit, stößt die Kommission, wie sich am Beispiel der Blue Card zeigt, an enge Grenzen. 2005 hatte sie mit dem oben bereits erwähnten Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration den Versuch unternommen hatte, eine breite gesellschaftliche Unterstützung für das Projekt einer legalen Zuwanderung auf europäischer Ebene zu organisieren. Dennoch stieß die 2007 von ihr vorgelegte Blue Card-Richtlinie auf starken Widerstand, insbesondere von Seiten der deutschen und österreichischen Staatsapparate (vgl. Thym 2010: 151). Nach heftigen Diskussionen im Rat der Innen- und Justizminister am 25.09.2008 und mehrfacher Behandlung im Ausschuss der Ständigen Vertreter wurde schließlich 2009 eine stark abgeschwächte Version der ursprünglichen Blue Card-Richtlinie beschlossen, die einen großen nationalen Gestaltungsspielraum vorsieht (vgl. Kuczynski/Solka 2009: 222). 2010 wurde diese Richtlinie durch weitere Richtlinienvorschläge zu konzerninterner Entsendung und SaisonarbeiterInnen ergänzt.



An der Entwicklung wird - aufgrund der Funktionsweise des europäischen Mehrebenensystems wenig überraschend (vgl. Bieling 2010: 23ff.) - deutlich, dass die Kommission als europäischer Staatsapparat stark von den in nationalen Staatsapparaten verdichteten Kräfteverhältnissen abhängig ist. Hier erweisen sich die oben kritisierten Arbeiten zur Blue Card zumindest deskriptiv als produktiv. Die Versuche der Kommission, ein „Nationalstaaten übergreifendes Netzwerk von Experten und Interessengruppen zu schaffen, das ihr eine stärkere Legitimationsbasis gegenüber dem Rat ermöglichen soll[te]“ (Parusel 2010: 67) bleiben in ihrem Erfolg begrenzt. Die europäischen Staatsapparate bleiben damit zumindest zum Teil immer auch „Verdichtung zweiter Ordnung“ (Brand/Görg/Wissen 2007: 225).

Gleichzeitig zeigt sich - gerade im Vergleich zu den hegemonialen Projekten seit Ende der 1980er und frühen 1990er Jahre (vgl. Bieling/Steinhilber 2000) - die starke Abhängigkeit der Kommission von starken (transnationalen) BündnispartnerInnen: Während diese auch deshalb erfolgreich waren, weil sie vom transnationalen Kapital - insbesondere dem ERT - aktiv unterstützt wurden, scheitert die Blue Card nicht zuletzt an der Zurückhaltung der ‚traditionellen‘ BündnispartnerInnen der Kommission, die auch durch die ‚neuen‘ BündnispartnerInnen (z.B. IT-Kapital, kleine und mittelständische Unternehmen) nur sehr begrenzt aufgefangen werden kann. Die Europäische Kommission als europäischer Staatsapparat ist damit - nur scheinbar paradox - zwar eigenständiger, gleichzeitig jedoch abhängiger als nationale Staatsapparate. Projekte wie die Blue Card bleiben so notwendig fragil.

## 5. Literatur

AMCHAMEU (2005): Response to the Commission's Green Paper on an EU Approach to Managing Economic Migration, URL:

[http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_american\\_chamber\\_commerce\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_american_chamber_commerce_en.pdf), Stand: 01.06.2010.

AMCHAMEU (2008): Position Paper on the procedures regulating the entry into, the temporary stay and residence of intra-corporate transferees (ICTs), URL:

[http://www.amchameu.eu/Documents/DMXHome/tabid/165/Default.aspx?Command=Core\\_Download&EntryId=3389](http://www.amchameu.eu/Documents/DMXHome/tabid/165/Default.aspx?Command=Core_Download&EntryId=3389), Stand: 28.05.2010.

AMCHAMEU (2009): White Paper on Intra-Corporate Transferees, URL:

[http://www.amchameu.eu/Documents/DMXHome/tabid/165/Default.aspx?Command=Core\\_Download&EntryId=3415](http://www.amchameu.eu/Documents/DMXHome/tabid/165/Default.aspx?Command=Core_Download&EntryId=3415), Stand: 28.05.2010.

Apeldoorn, Bastiaan van (2002): *Transnational capitalism and the struggle over European integration*. Routledge, London [u.a.].

Apeldoorn, Bastiaan van (2003): European employment and transnational capitalist class strategy: The rise of the neo-liberal competitiveness discourse, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 113-134.

Apeldoorn, Bastiaan van (2009): The Contradictions of 'Embedded Neoliberalism' and Europe's Multi-level Legitimacy Crisis: The European Project and its Limits, in: Apeldoorn, Bastiaan van (Hg.): *Contradictions and limits of neoliberal European governance: from Lisbon to Lisbon (clone)*. Palgrave Macmillan, Basingstoke [u.a.], S. 21-43.

Apeldoorn, Bastiaan van, Overbeek, Henk und Ryner, Magnus (2007): Theories of European Integration: A Critique, in: Cafruny, Alan W. und Ryner, J. Magnus (Hg.): *Europe at bay: in the shadow of US hegemony*. Rienner, Boulder [u.a.], S. 17-45.

Beckmann, Martin, Deppe, Frank und Heinrich, Mathis (2006): Ursachen und Konsequenzen der EU-Verfassungskrise 2005/2006, in: Beckmann, Martin et al. (Hg.): *Krisen im Prozess der europäischen Integration*. FEI, Marburg, S. 45-70.

Benería, Lourdes (1999): Globalization, Gender and the Davos Man, in: *Feminist Economics* 5(3), S. 61-83.

Bengtson, Anna, Pahlberg, Cecilia und Pourmand, Firouze (2009): Small firms' interaction with political organizations in the European Union, in: *Industrial Marketing Management* 38(6), S. 687-697.

Bertozi, Stefano (2007): Legal Migration: Time for Europe to Play Its Hand, URL:  
[http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1338049](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1338049), Stand: 15.03.2010.

Bieling, Hans-Jürgen (2003): European employment policy between neo-liberal rationalism and communitarianism, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 51-74.

Bieling, Hans-Jürgen (2005): Intergouvernementalismus, in: derselbe (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*. VS, Wiesbaden, S. 91-116.

Bieling, Hans-Jürgen (2010): *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*. VS, Wiesbaden.

Bieling, Hans-Jürgen und Schulten, Thorsten (2003): "Competitive Restructuring" and Industrial Relations within the European Union: Corporatist Involvement and Beyond, in: Cafruny, Alan W. und Ryner, Magnus (Hg.): Rowman & Littlefield, Lanham [u.a.], S. 231-260.

Bieling, Hans-Jürgen und Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: dieselben (Hg.): *Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 102-130.

Bradani, Davide (2009): The Rise of the Competitiveness Discourse - A Neo-Gramscian Analysis, URL:  
[http://aei.pitt.edu/12370/01/wp10\\_Bradani-2.pdf](http://aei.pitt.edu/12370/01/wp10_Bradani-2.pdf), Stand: 01.04.2010.

Brand, Ulrich, Görg, Christoph und Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung: Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive, in: *PROKLA* 37(2), S. 217-234.

Businesseurope (2008): EU Blue Card: Suggested changes will undermine potential benefits.

Caritas Europa; CCME; COMECE; ICMC; QCEA (2005): Contribution to the consultation on the European Commission's Green Paper "An EU approach to managing economic migration" COM (2004) 811, Brussels, 11 January 2005, URL:  
[http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_caritas\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_caritas_en.pdf), Stand: 01.06.2010.

Carrera, Sergio (2007): Building a Common Policy on Labour Immigration: Towards a Comprehensive and Global Approach in the EU? URL: <http://www.ceps.eu/ceps/download/1289>, Stand: 18.11.2010.

Caviedes, Alexander A. (2010a): *Prying open fortress Europe: the turn to sectoral labor migration*. Lexington Books, Lanham [u.a.].

Caviedes, Alexander A. (2010b): Troubled Transnationalism: Diverging National and EU-Level Social Partner Preferences in Immigration Policy, URL: [http://europeanintegration.org/wp-content/uploads/papers/caviedes\\_wlu\\_conference\\_2010-2.pdf](http://europeanintegration.org/wp-content/uploads/papers/caviedes_wlu_conference_2010-2.pdf), Stand: 19.11.2010.

CEDEFOP (2008): CEDEFOP E-Skills 2008, URL: <http://eskills.cedefop.europa.eu/conference2008/speaker.aspx?pageid=57>, Stand: 28.05.2010.

Cerna, Lucie (2007): *The Varieties of High-Skilled Immigration Policies: Sectoral Coalitions and Outcomes in Advanced Industrial Countries*. Arbeitspapier präsentiert auf der European Union Studies Association Conference, 17.-19. Mai 2007, Montreal.

Cerna, Lucie (2008): *Towards an EU Blue Card? The Proposed Delegation of National High-Skilled Immigration Policies to the EU-Level*. Arbeitspapier präsentiert auf der ISA Annual Conference, 26.-29. März 2008, San Francisco.

Cerna, Lucie (2009): The varieties of high-skilled immigration policies: coalitions and policy outputs in advanced industrial countries, in: *Journal of European Public Policy* 16(1), S. 144-161.

Cerna, Lucie (2010): The EU Blue Card: A Bridge Too Far? URL: <http://www.jhubc.it/ecpr-porto/virtualpaperroom/041.pdf>, Stand: 18.11.2010.

Cini, Michelle (2007): Intergovernmentalism, in: dieselbe (Hg.): *European Union politics*. Oxford Univ. Press, Oxford [u.a.], S. 99-116.

Coen, David (1998): The European Business Interest and the Nation State: Large-Firm Lobbying in the European Union and Member States, in: *Journal of Public Policy* 18(1), S. 75-100.

Collett, Elizabeth (2008): The Proposed European Blue Card System: Arming for the Global War for Talent? URL: <http://www.migrationinformation.org/feature/display.cfm?ID=667>, Stand: 01.04.2010.

COM (2000): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament on a community immigration policy ON A COMMUNITY IMMIGRATION POLICY, URL: <http://www.statewatch.org/docbin/com/30.00757.pdf>, Stand: 21.04.2010.

COM (2001): Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit, URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0386:FIN:DE:PDF>, Stand: 21.04.2010.

Council of Filipino Associations in Belgium (2005): Comments on Green Paper on Economic Migration, URL: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_cofab\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_cofab_en.pdf), Stand: 01.06.2010.

Deppe, Frank (2001): Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Union, in: Kirt, Romain (Hg.): *Die Europäische Union und ihre Krisen*. Nomos, Baden-Baden, S. 205-216.

Digitaleurope (2010): i2010 - Lisbon Process, URL: <http://www.digitaleurope.org/index.php?id=166>, Stand: 27.08.2010.

EC (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes: Europäischer Rat (Lissabon) 23. und 24. März 2000, URL: <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/BeschluesseDe.pdf>, Stand: 21.07.2010.

EICTA (2008): EICTA Position on the European Commission's Proposal for a Blue Card: Finding the Right Balance between Keeping a Competitive Edge in ICT and Investing in Europe's Population, URL: [http://www.digitaleurope.org/fileadmin/user\\_upload/document/Issues/DEPG/EICTA\\_Position\\_on\\_the\\_Commission\\_s\\_Blue\\_Card\\_proposal.pdf](http://www.digitaleurope.org/fileadmin/user_upload/document/Issues/DEPG/EICTA_Position_on_the_Commission_s_Blue_Card_proposal.pdf), Stand: 28.05.2010.

EPSU (2009): EPSU Congress 2009: R.A.2. Migration, URL: [http://www.epsu.org/IMG/pdf/RA2\\_Migration.pdf](http://www.epsu.org/IMG/pdf/RA2_Migration.pdf), Stand: 31.05.2010.

EPSU (2010): European perspective on migration, URL: [http://www.world-psi.org/Template.cfm?Section=Content\\_Management&CONTENTFILEID=28191&TEMPLATE=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm](http://www.world-psi.org/Template.cfm?Section=Content_Management&CONTENTFILEID=28191&TEMPLATE=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm), Stand: 31.05.2010.

ERT (2008): The contribution of ERT member companies to growth and jobs in the EU, URL: <http://www.ert.be/doc/01678.pdf>, Stand: 27.05.2010.

ETUC (2005): ETUC response to the Commission's Green Paper on a EU approach to managing economic migration (COM (2004) 811 final), URL: [http://www.etuc.org/IMG/pdf/9-green\\_paper\\_on\\_migration-annex\\_final\\_2\\_.EN.pdf](http://www.etuc.org/IMG/pdf/9-green_paper_on_migration-annex_final_2_.EN.pdf), Stand: 31.05.2010.

ETUC (2007a): ETUC demands more opportunities for European workers coupled with equal treatment of migrants, URL: <http://www.etuc.org/a/4157>, Stand: 31.05.2010.

ETUC (2007b): Annexes: ETUC position regarding European Commission proposals on legal and 'illegal' migration, URL: [http://www.etuc.org/IMG/pdf/Annexes\\_ETUC\\_position\\_migration\\_dec\\_07EN\\_\\_final-191207\\_.pdf](http://www.etuc.org/IMG/pdf/Annexes_ETUC_position_migration_dec_07EN__final-191207_.pdf), Stand: 31.05.2010.

ETUC (2007c): ETUC position regarding European Commission's proposals on legal and 'illegal' migration, URL: <http://www.etuc.org/a/4415>, Stand: 31.05.2010.

ETUC (2009): Trade Union Memorandum to the Czech Presidency of the European Union, URL: [http://www.etuc.org/IMG/pdf\\_CZ\\_Presidency\\_Memorandum\\_final\\_EN.pdf](http://www.etuc.org/IMG/pdf_CZ_Presidency_Memorandum_final_EN.pdf), Stand: 31.05.2010.

EurActiv (2008): Eine EU-“Blue Card” für hochqualifizierte Einwanderer? URL: <http://www.euractiv.com/de/soziales-europa/eu-blue-card-hochqualifizierte-einwanderer/article-171839>, Stand: 22.04.2010.

EUROCHAMBRES (2008): Blue Card Scheme still too cautious, EUROCHAMBRES says, URL: <http://www.eurochambres.eu/docshare/common/GetFile.asp?portalsource=1393&ID=2724&mfd=off>, Stand: 03.08.2010.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2009): Zusammenfassender Bericht über Einwanderung/Integration - Arbeitsmarkterfordernisse, URL: [http://www.eesc.europa.eu/sections/lmo/docs/reports-opinions/f\\_ces7511-2008\\_info\\_de.doc](http://www.eesc.europa.eu/sections/lmo/docs/reports-opinions/f_ces7511-2008_info_de.doc), Stand: 27.05.2010.

European Platform for Migrants' Workers Rights (2005): Human Rights Key to Economic Migration Policy, URL: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_epmwr\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_epmwr_en.pdf), Stand: 01.06.2010.

EWL (2005): Green Paper on an EU approach to managing economic migration: Contribution from the European Women's Lobby, URL: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_ewl\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_ewl_en.pdf), Stand: 01.06.2010.

Georgi, Fabian (2007): *Migrationsmanagement in Europa*. VDM, Saarbrücken.

Georgi, Fabian (2010): For the Benefit of some: The International Organization for Migration (IOM) and its global migration management, in: Pécoud, Antoine und Geiger, Martin (Hg.): *The New Politics of Migration Management - Actors, Discourses and Practices*. Springer Netherland, Berlin, i.E.

Gümüs, Yasin Kerem (2010): EU Blue Card Scheme: The Right Step in the Right Direction? in: *European Journal of Migration and Law* 12(4), S. 435-453.

Guild, Elspeth (2007): EU Policy on Labour Migration: A First Look at the Commission's Blue Card Initiative, URL: <http://www.ceps.eu/ceps/download/1384>, Stand: 18.11.2010.

- Hartmann, Detlef (2009): Revolutionäre Subjektivität, die Grenze des Kapitalismus, in: Linden, Marcel van der und Roth, Karl Heinz (Hg.): *Über Marx hinaus: Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*. Assoziation A, Berlin [u.a.], S. 219-156.
- Hirsch, Joachim und Kannankulam, John (2006): Poulantzas und Formanalyse: Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie, in: Bretthauer, Lars (Hg.): *Poulantzas lesen: zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. VSA, Hamburg, S. 65-81.
- Holman, Otto (2006): Trans-national Governance without Supra-national Government: The Case of the European Employment Strategy, in: *Perspectives on European Politics and Society* 7(1), S. 91-107.
- Holman, Otto (2009): The Primacy of Domestic Politics: Neo-liberal Restructuring the EU's Crisis of Governability and Social Imperialism, in: Gamble, Andrew (Hg.): *The European Union and world politics - consensus and division*. Palgrave Macmillan, Basingstoke, Hampshire [u.a.], S. 177-195.
- Holman, Otto und Pijl, Kees van der (2003): Structure and Process in Transnational European Business, in: Cafruny, Alan W. und Ryner, Magnus (Hg.): *A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe*. Rowman & Littlefield, Lanham [u.a.], S. 71-94.
- Huke, Nikolai (2010): *Diskursive Formationen und Kräfteverhältnisse in der europäischen Migrationspolitik*. FEI, Marburg.
- Industry Expert Group (2009): Playing to win in the software market. Software 2.0: Winning for Europe, URL: [ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/ict/docs/ssai/European\\_Software\\_Strategy.pdf](ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/ict/docs/ssai/European_Software_Strategy.pdf), Stand: 28.05.2010.
- Japan Business Council in Europe (2005): Comments by Japan Business Council in Europe on the Consultation from the Commission ' On an approach to managing economic migration' dated 11 January 2005, URL: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_japan\\_busines\\_ss\\_council\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_japan_busines_ss_council_en.pdf), Stand: 01.06.2010.
- Jessop, Bob (1990): *State theory: putting the capitalist state in its place*. Polity Press, Cambridge [u.a.].
- Jessop, Bob (2003): Changes in welfare regimes and the search for flexibility and employability, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 29-50.
- Kuczynski, Alexandra und Solka, Simone (2009): Die Hochqualifiziertenrichtlinie, in: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 29(7), S. 219-229.

- Levitas, Ruth (2005): *The inclusive society? Social exclusion and new labour*. Palgrave Macmillan, Basingstoke [u.a.].
- Ludwig, Gundula und Mennel, Birgit (2005): Ganz normal prekär? Feministische Aspekte zur Prekarität von Arbeits- und Lebensverhältnissen, URL: [http://www.grundrisse.net/grundrisse14/14gundula\\_ludwig\\_birgit\\_mennel.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse14/14gundula_ludwig_birgit_mennel.htm), Stand: 21.07.2010.
- Menz, Georg (2009): *The political economy of managed migration: nonstate actors, Europeanization, and the politics of designing migration policies*. Oxford Univ. Press, Oxford [u.a.].
- Nonhoff, Martin (2008): Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: Keller, Reiner (Hg.): *Forschungspraxis*. VS, Wiesbaden, S. 299-331.
- Overbeek, Henk (2003a): Transnational political economy and the politics of European (un)employment, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 1-10.
- Overbeek, Henk (2003b): Conflicting views on how to address (un)employment in Europe: A tentative conclusion, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 227-232.
- Overbeek, Henk (2003c): Globalisation, neo-liberalism and the employment question, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 13-28.
- Parkes, Roderick und Angenendt, Steffen (2010): After the Blue Card: EU policy on highly qualified migration, URL: [http://www.migration-boell.de/downloads/migration/HBS\\_Discussion\\_Paper\\_-\\_EU\\_Policy\\_on\\_Highly\\_Qualified\\_Migration.pdf](http://www.migration-boell.de/downloads/migration/HBS_Discussion_Paper_-_EU_Policy_on_Highly_Qualified_Migration.pdf), Stand: 19.11.2010.
- Parusel, Bernd (2010): *Abschottungs- und Anwerbsstrategien: Die Interessen der EU-Institutionen bei der Entwicklung einer gemeinsamen Politik zur Steuerung der Arbeitsmigration*. VS, Wiesbaden.
- PICUM (2005): Re: Comment on Green Paper on an EU Approach to Managing Economic Migration, URL: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_picum\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_picum_en.pdf), Stand: 01.06.2010.
- Piester, Henrik Noes, Shapiro, Hanne, Moltesen, Josnina und Hilding-Hamann, Knud Erik (2008): Global sourcing and ICT software and services in Europe, URL: [http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/ict/files/impact\\_globalsourcing\\_trends.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/ict/files/impact_globalsourcing_trends.pdf), Stand: 26.05.2010.



Pijl, Kees van der (2006): *Global rivalries: from the Cold War to Iraq*. Pluto Press, London [u.a.].

Platform of European Social NGOs (2005): Social Platform response to the European Commission Green Paper "An EU approach to managing economic migration" COM (2004) 811, URL:

[http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_social\\_platform\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_social_platform_en.pdf), Stand: 01.06.2010.

Pongratz, Hans J. und Voß, Gerd Günter (2003): *Arbeitskraftunternehmer: Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*. Ed. Sigma, Berlin.

Poulantzas, Nicos (1975): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in:

Poulantzas, Nicos (Hg.): *Klassen im Kapitalismus - heute*. Verl. f. d. Studium d. Arbeiterbewegung, Berlin, S. 36-79.

Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie: politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. VSA, Hamburg.

Ryner, Magnus und Schulten, Thorsten (2003): The political economy of labour-market restructuring and trade union responses in the social-democratic heartland, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 176-198.

Sablowski, Thomas (2003): Krisentendenzen der Kapitalakkumulation, in: *Das Argument* 45(3), S. 438-452.

SEMI (2008): 6 Recommendations to the European Union and National Governments to Increase Europe's Microelectronic Industry Competitiveness, URL:

[http://www.semi.org/cms/groups/public/documents/web\\_content/ctr\\_026216.pdf](http://www.semi.org/cms/groups/public/documents/web_content/ctr_026216.pdf), Stand: 28.05.2010.

SOLIDAR (2005): SOLIDAR contribution on the European Commission Green Paper "An EU approach to managing economic migration" COM(2004)211, URL:

[http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_solidar\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_solidar_en.pdf), Stand: 01.06.2010.

Spiegel online (2009): Opportunity Knocks in Europe: Indian Outsourcers Explore New Frontier, URL:

<http://www.spiegel.de/international/business/0,1518,644173,00.html>, Stand: 28.05.2010.

Steinhilber, Jochen (2005): Liberaler Intergouvernementalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen und Lerch, Marika (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*. VS, Wiesbaden, S. 169-195.

Stetter, Stephan (2000): Regulation migration: authority delegation in justice and home affairs, in: *Journal of European Public Policy* 7(1), S. 80-103.

Strøby Jensen, Carsten (2007): Neo-functionalism, in: Cini, Michelle (Hg.): *European Union politics*. Oxford Univ. Press, Oxford [u.a.], S. 85-98.

Thym, Daniel (2010): *Migrationsverwaltungsrecht*. Mohr Siebeck, Tübingen.

Tidow, Stefan (2003): The emergence of a European employment policy as a transnational political arena, in: Overbeek, Henk (Hg.): *The political economy of European employment: European integration and the transnationalization of the (un)employment question*. Routledge, London [u.a.], S. 77-98.

UEAPME (2005): UEAPME's position paper on the Green Paper on a EU approach to managing Economic Migration (COM (2004) 811), URL: [http://www.ueapme.com/docs/pos\\_papers/2005/EconomicMigration.doc](http://www.ueapme.com/docs/pos_papers/2005/EconomicMigration.doc), Stand: 28.05.2010.

UEAPME (2008): UEAPME position paper on the proposal for a directive on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purpose of highly qualified employment, URL: [http://www.ueapme.com/docs/pos\\_papers/2008/080306\\_pp\\_blue\\_card.pdf](http://www.ueapme.com/docs/pos_papers/2008/080306_pp_blue_card.pdf), Stand: 28.05.2010.

UNI europa (2010): Diversity-Management im europäischen IKT-Sektor: Dem sozialen Dialog den Weg ebnen, URL: [http://www.uni-europa.org/Apps/UNIPub.nsf/vwLkpById/64A79427E60F0DC5C12576BE00505B5B/\\$FILE/LJUBLJANA\\_DE.PDF](http://www.uni-europa.org/Apps/UNIPub.nsf/vwLkpById/64A79427E60F0DC5C12576BE00505B5B/$FILE/LJUBLJANA_DE.PDF), Stand: 31.05.2010.

UNICE (2005): Commission Green Paper on an EU approach to managing economic migration - UNICE response, URL: [http://ec.europa.eu/justice\\_home/news/consulting\\_public/economic\\_migration/contributions/contribution\\_unice\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/economic_migration/contributions/contribution_unice_en.pdf), Stand: 28.05.2010.

Weizsäcker, Jakob von (2006): Welcome to Europe: A European Blue Card Proposal, URL: [http://www.bruegel.org/uploads/tx\\_btbbreugel/pbf\\_030406\\_europe.pdf](http://www.bruegel.org/uploads/tx_btbbreugel/pbf_030406_europe.pdf), Stand: 18.11.2010.

Wissel, Jens (2010): Die europäische Integration als staatstheoretische Herausforderung, in: Demirović, Alex (Hg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*. Nomos, Baden-Baden, S. 81-95.

Wissen, Markus (2008): *Politics of Scale: Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Ziltener, Patrick (1999): *Strukturwandel der europäischen Integration: die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*. Westfälisches Dampfboot, Münster.

## FEI-Studien

- Nr. 1:** Michael Felder: Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, (September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling: Nationalstaat und Migration im „Postfordismus“ – Gewerkschaften vor der Zerreißprobe, (September 1993) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 3:** Eva Lavon: Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?, (Juni 1994) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hg.): Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, (August 1994) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling, (April 1995) UKB 12,50 EUR (vergriffen)
- Nr. 6:** Robin Jacobitz: Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime, (Juli 1995) UKB 15 EUR
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hg.): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, (November 1995) UKB 40 DM (vergriffen)
- Nr. 8:** Stefan Tidow: Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch, (November 1996) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 9:** Kai Michelsen: Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells", (Februar 1997) UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias, (März 1997) UKB 15 EUR
- Nr. 11:** Robert W. Cox: Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (Dezember 1998), UKB 12,50 EUR
- Nr. 12:** Jochen Steinhilber: Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre – Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, (Dezember 1998), UKB 25 DM (vergriffen)
- Nr. 13:** Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber (Eds.): Dimensions of a Critical Theory of European Integration. Contributions by Frank Deppe, Stephen Gill, Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber, Henk Overbeek, Bastiaan van Appeldoorn, Magnus Ryner and Dieter Plehwe, (März 2000) 184 Seiten, UKB 12,50 EUR

- Nr. 14:** Ho-Geun Lee: Die Europäische Sozialpolitik im System der Mehrebenenregulation. Vom nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum „europäischen schumpeterianischen Leistungsregime“, (*Juni 2000*), UKB 20 EUR
- Nr. 15:** Frank Deppe/Stefan Tidow (Hg.): Europäische Beschäftigungspolitik. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann, Alvaro Berriel Díaz, Frank Deppe, Patrick Dold, Michael Felder, Gabriele Gilbert, Sven Gronau, Christina Jung, Jochen Steinhilber und Stefan Tidow (*Oktober 2000*), UKB 12,50 EUR
- Nr. 16:** Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling (Hg.): Finanzmarktintegration und die Transformation der Corporate Governance Systeme in der Europäischen Union. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Alexander Heftrich; Daniel Lambach; Emanuel Maess und Klaus Pokorny (*Mai 2002*), UKB 12 EUR
- Nr. 17:** Martin Beckmann: Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union (*September 2002*), UKB 12 EUR
- Nr. 18:** Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/ Frank Deppe (Hg.): The Emergence of a new Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics. Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Bieling; Dorothee Bohle; Frank Deppe; Sam Gindin/Leo Panitch; John Grahl; Christoph Scherrer (*April 2003*), UKB 12 EUR
- Nr. 19:** Woontaek Lim: Zur Transformation der industriellen Beziehungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten: von der sozialgerechten Produktivitätspolitik zur wettbewerbsorientierten Ungleichheit (*September 2003*), UKB 17 EUR
- Nr. 20:** Euroimperialismus? Mit Beiträgen von Otto Holmann, Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Ingo Malcher, Paul Schäfer, Ingo Schmidt und Melanie Wehrheim, (*Januar 2005*), UKB 14 EUR
- Nr. 21:** Hans-Jürgen Urban: Wettbewerbskorporatismus und soziale Politik – Zur Transformation wohlfahrtsstaatlicher Politikfelder am Beispiel der Gesundheitspolitik, (*Februar 2005*), UKB 18 EUR
- Nr. 22:** Melanie Wehrheim: Die internationale Integration und Transformation von Polen im Kontext der europäischen Integration, (*Oktober 2006*), UKB 15 EUR
- Nr. 23:** David Salomon: Außenpolitik als Ideologie und Praxis – Unilateralismus und Multilateralismus im Spiegel außenpolitischer Debatten in Europa und den USA, (*Juli 2006*), UKB 12 EUR
- Nr. 24:** Stefan Schoppengerd: Die G7/G8-Gipfel in der internationalen politischen Ökonomie, (*Februar 2007*), UKB 11 EUR
- Nr. 25:** Hans-Jürgen Bieling/Christina Deckwirth/Stefan Schmalz (Hg.): Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union, (*Juni 2007*), UKB 18 EUR
- Nr. 26:** Daniel Seikel: Finanzialisierung, Europäisierung, Transnationalisierung: Die Reorganisation des öffentlichen Sektors in Spanien, (*Januar 2008*), UKB 12 EUR
- Nr. 27:** Sebastian Streb: Die Europäische Nachbarschaftspolitik. Externe Europäisierung zwischen Anziehung, Zwang und Legitimität, (*Juni 2008*), UKB 13 EUR
- Nr. 28:** Axel Gehring: Soziogenese eines 'neuen anatolischen Bürgertums' und der Aufstieg der AKP. Über den Wandel der hegemonialen Formation in der Republik Türkei (*2009*), UKB 10 EUR

**Nr. 29:** Nikolai Huke: Diskursive Formationen und Kräfteverhältnisse in der europäischen Migrationspolitik (2010), UKB 8 EUR.

**Nr. 30:** Die Außenbeziehungen der Europäischen Union: Hegemonialer Anspruch und umkämpfte Wirklichkeit (2010), UKB 12 EUR.

#### **FEI Arbeitspapiere**

**Nr. 1:** Frank Deppe: Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (Februar 1990) UKB 10 DM (vergriffen)

**Nr. 2:** Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt: Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (Mai 1990) UKB 6 DM (vergriffen)

**Nr. 3:** Peter Imbusch: 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (Januar 1991) UKB 7 DM (vergriffen)

**Nr. 4:** Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hg.): Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (März 1991) UKB 10 DM (vergriffen)

**Nr. 5:** Robin Jacobitz: Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (August 1991) UKB 6,50 EUR

**Nr. 6:** Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (März 1992) UKB 12 DM (vergriffen)

**Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder: Migration, Arbeitsmarkt, Regulation – unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (Januar 1993) UKB 7,50 EUR

**Nr. 8:** Michael Felder: Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (Januar 1993) UKB 6,50 EUR

**Nr. 9:** Frank Deppe/Klaus Peter Weiner: The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (1992)

**Nr. 10:** Frank Deppe/Michael Felder: Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (September 1993) UKB 7,50 EUR

**Nr. 11:** Ho Geun Lee: Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (Januar 1994) UKB 13 DM (vergriffen)

**Nr. 12:** Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hg.): Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (Januar 1994) UKB 15 DM (vergriffen)

**Nr. 13:** Dorothee Bohle: Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (September 1994) UKB 10 DM (vergriffen)

- Nr. 14:** Thorsten Schulten: "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (März 1996) UKB 10 DM
- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger: Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration. Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (April 1996) UKB 7,50 EUR
- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn: North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (August 1996), UKB 5 EUR
- Nr. 17:** Hajo Holst: Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (September 1998), UKB 4 EUR
- Nr. 18:** Stefan Tidow: Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (Oktober 1998), UKB 7,50 EUR
- Nr. 19:** Otto Holman: Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa, (Dezember 1999), UKB 6,50 EUR
- Nr. 20:** Hans-Jürgen Bieling: Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, (April 2000), UKB 6,50 EUR
- Nr. 21:** Werner Raza: Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union, (November 2001), UKB 6,50 EUR
- Nr. 22:** Clyde W. Barrow: God, Money, and the State. The Spirits of American Empire, (Januar 2004), UKB 6,50 EUR
- Nr. 23:** Stefan Schmalz: Die Verhandlungen zur panamerikanischen Freihandelszone ALCA, Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzeptionen in Lateinamerika?(Juni 2004), UKB 7 EUR
- Nr. 24:** Vahram Soghomonyan: Europäische Integration und die regionale Konfiguration des Südkaukasus, (November 2004), UKB 7 EUR
- Nr. 25:** Stephan Heidbrink: US-Hegemonie und europäische Integration – Die militärpolitischen Konfigurationen Europas im transatlantischen Spannungsfeld, (Januar 2005), UKB 7,50 EUR
- Nr. 26:** Steffi Meyer: Von Lomé nach Cotonou – Die Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und afrikanischen Staaten, (Juni 2005), UKB 6,50 EUR
- Nr. 27:** Krisen im Prozess der europäischen Integration. Mit Beiträgen von Martin Beckmann, Frank Deppe, Mathis Heinrich und Sebastian Streb, (September 2006), UKB 7, 00 EUR
- Nr. 28:** Stefan Schoppengerd: Gender Mainstreaming in der Europäischen Union – Geschlechterpolitik im Kontext neoliberaler Modernisierung, (September 2006), UKB 6,50 EUR

## **Kontakt**

### **Forschungsgruppe Europäische Integration**

Institut für Politikwissenschaft

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Straße 6, 35032 Marburg

<http://www.uni-marburg.de/fb03/eipoe>

Bestellungen: [feg@staff.uni-marburg.de](mailto:feg@staff.uni-marburg.de)

### **Nikolai Huke**

Institut für Politikwissenschaft

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35032 Marburg

[nikolai.huke@staff.uni-marburg.de](mailto:nikolai.huke@staff.uni-marburg.de)

